

Stadtgrün

IN DIESER AUSGABE

BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Gute Bildung: heute schon an
morgen denken Seite 2

GESUNDHEIT UND PRÄVENTION

Der Mensch im Mittelpunkt
Seite 5

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Voraussetzung für Teilhabe am
gesellschaftlichen Leben Seite 6

SELBSTBESTIMMUNG IM ALTER

Seniorengerechte Unterstützungs-
angebote im Quartier Seite 7

AUS DEM UMWELTREFERAT

Ein Plan für die vielkulturelle Stadt
Seite 8

AUS DEM BUNDESTAG

Soziale Teilhabe und Selbstbe-
stimmung in der Grundsicherung
Seite 10

AUS DEM LANDTAG

Der Grüne Weg zur Chancengleich-
heit in der frühkindlichen Bildung
Seite 12

TEILHABE DURCH SPORT

Mehr Vielfalt für mehr Menschen
Seite 14

TEILHABE VON MÄNNERN & FRAUEN

Mehr Geschlechtergerechtigkeit
Seite 15

EDITORIAL

Augsburg - Stadt der Chancen

GRÜNE Positionen für mehr Gerechtigkeit

– von Martina Wild



Gerechtigkeit ist ohne gesellschaftliche Teilhabe nicht zu verwirklichen. Um diese zu ermöglichen und einer strukturellen Ausgrenzung entgegenzuwirken, muss auch die Stadtpolitik dafür grundlegende Voraussetzungen und Strukturen schaffen. Zentrales Ziel ist es aus Sicht der GRÜNEN, allen Menschen ein möglichst selbstbestimmtes Leben in unserer Stadtgesellschaft und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern - unabhängig von Herkunft, Alter, Einkommen, Religionszugehörigkeit, Geschlecht oder Beeinträchtigungen.

Denn soziale Ungleichheit führt zu schlechteren Lebensbedingungen und zu eingeschränkten, ungleichen Chancen am sozialen und kulturellen Leben in unserer Stadt teilnehmen zu können. Tangiert sind unter anderem einkommensschwache Familien, Alleinerziehende mit ihren Kindern, Menschen mit Beeinträchtigungen und Menschen, die von Altersarmut betroffen sind. Soziale Benachteiligung hat

Auswirkungen auf den Zugang zu Bildung, auf Ernährung und Gesundheitsversorgung, auf Mobilität, Wohnen und kulturelle Teilhabe. Kurz: Soziale Ungerechtigkeit und Benachteiligung wirken sich für die Betroffenen auf alle Bereiche ihres Lebens aus.

Deshalb setzen wir GRÜNE uns für eine qualitativ gute und kostengünstige Betreuung in Kinderkrippen, Kindergärten und Einrichtungen der Schulkindbetreuung ein, für den weiteren Ausbau der Ganztagschulen sowie für eine gesunde Ernährung in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen. Deshalb engagieren wir uns für Inklusion und Barrierefreiheit, für einen kostengünstigen ÖPNV und das Kultursozialticket für Menschen mit geringem Einkommen, für niederschwellige Betreuungsangebote und die Schaffung von mehr preisgünstigem Wohnraum. Einiges konnten wir hierzu schon voranbringen, aber es bleibt noch viel zu tun, damit Augsburg zu einer Stadt mit Chancen für Alle wird.

Gute Bildung: heute schon an morgen denken

– von Verena von Mutius und Martina Wild

Bildung eröffnet schon in frühester Kindheit Perspektiven und Chancen für alle Menschen. Wir wollen in Augsburg die bestmöglichen Bildungsangebote für jede und jeden schaffen, denn Bildung ist Zukunft für die Menschen und für unsere Stadt.

Frühkindliche Bildung stärken

Gute frühe institutionelle Bildung wirkt sich nachhaltig auf den weiteren Bildungs- und Lernweg des Kindes aus. Augsburg als wachsende Stadt benötigt daher mehr Krippen- und Kita-Plätze. Aus diesem Grund arbeitet die neu eingerichtete Task-Force Kita daran, bestehende Einrichtungen zu erweitern und neue Standorte zügig umzusetzen. Notwendig ist es aber auch, regelmäßig den Bedarf an Betreuungsplätzen abzuschätzen. Deshalb haben wir beantragt, ein Monitoringsystem einzuführen und die Bedarfsplanung in einer jährlichen Fortschreibung anzupassen.

Von besonderer Bedeutung ist die Qualität der frühkindlichen Bildungsorte Kinderkrippe, Kindergarten, Kindertagesstätte und Tagespflege. Wir brauchen mehr und besser bezahlte ErzieherInnen sowie gut qualifizierte Tagesmütter und -väter. Nötig ist zudem eine adäquate Ausstattung der Einrichtungen. Um

zu mehr Gerechtigkeit zu kommen, fordern wir im Bereich der Kindertagesstätten eine „bedarfsorientierte Budgetierung“. Das heißt, dass Einrichtungen, die von vielen Kindern aus eher bildungsfernen Familien besucht werden, mehr Gelder erhalten, um

Zusatzangebote einführen und zusätzliches pädagogisches Personal einstellen zu können.

Personalgewinnung für städtische Kitas

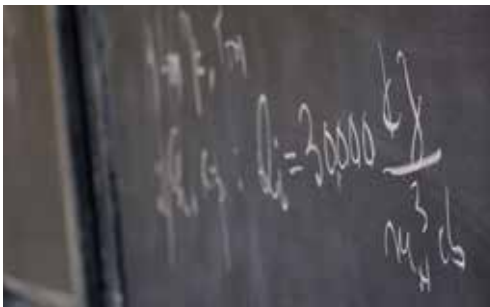
Auch Augsburg steht vor der Herausforderung, dem Mangel an qualifiziertem Kinderbetreuungspersonal entgegenzuwirken. Wir haben daher 2017 beantragt, Überlegungen

anzustellen, wie qualifiziertes Personal auf diesem stark umkämpften Markt gewonnen und gesichert werden kann. Ein Konzept zur Personalgewinnung und Personalentwicklung für die städtischen Kitas stellt nun Strategien und Maßnahmen dar: Dazu gehören unter anderem eine städtische Fachakademie für die Ausbildung für Erzieher*innen einrichten, eine Modifizierung der Vergütung der KinderpflegerInnen, Qualifizierungsangebote, Einstiegsmodelle (Praktikum, Quereinstieg, AbsolventInnen) oder auch Wohnangebote für BewerberInnen.

Schulische Räume für Bildung und Betreuung schaffen

In 30 Sprengelkonferenzen wurden gemeinsam von zahlreichen Bildungsakteuren Bedarfe und Qualität an Betreuung, an Hausaufgabenförderung und an Angeboten in Ferienzeiten diskutiert. Die daraus resultierenden Zahlen sind alarmierend: Es besteht ein Bedarf an zusätzlichen 643 Hortplätzen, 597 Plätzen in der offenen Ganztagsbetreuung und 480 Plätze in gebundenen Ganztagsklassen und damit ein Mehrbedarf an rund 1720 Betreuungsplätzen. Diese Zahlen machen deutlich, dass wir heute schon zu wenig Betreuungsangebote für Grundschulkindern haben und wir auch in den nächsten Jahren dem tatsächlichen Bedarf schwer hinterherhinken werden. Den Erkenntnissen und Erfordernissen aus den Sprengelkonferenzen muss daher nun rasch konkretes Handeln folgen.

Kommunale Schulentwicklung besteht einerseits in der Sicherung des benötigten Schulraumes, also in Unterhalt, Sanierung, Erweiterung und Neubau von Schulen. Schulentwicklung bedeutet aber andererseits auch, Bildung ganzheitlich zu denken und moderne Bildungskonzepte zu Grunde zu legen. Um rechtzeitig räumlichen Engpässen an Schulen entgegenzuwirken und vorausschauend den notwendigen Raumbedarf für optimale Lern- und Lehrbedingungen für die Schulfamilie zu sichern, hat die GRÜNE Stadtratsfraktion daher beantragt, einen Schulentwicklungsplan zu erarbeiten – und perspektivisch auch einen Bildungsentwicklungsplan, der Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung zusammenführt.



Unser Ziel ist es, die Bildungschancen und die Bildungsteilhabe aller jungen Menschen zu fördern. Wie Augsburgs Bildungs- und Sozialberichte aufzeigen, sind unsere Bildungsorte mit einer weiter zunehmenden Heterogenität (Inklusion, Migration, Milieu) konfrontiert. Dies erfordert ein Zusammenwirken von Schule und außerschulischen Partnern. Wir unterstützen deshalb die Struktur und den Prozess "Augsburger Bildung gemeinsam verantworten", die es ermöglichen, das Thema Bildung strukturiert in all seinen Facetten aufzugreifen und hierfür vernetzt und referatsübergreifend zusammenzuarbeiten. Um Bildungsgerechtigkeit herzustellen, werden wir uns dafür einsetzen, dass Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen mit einer "bedarfsorientierten Budgetierung" mehr finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen.

Lebens- und Lernraum Schule - Partizipation und Qualität im Schulbau

Wie eine zukunftsfähige Schule aussehen muss, wissen die ExpertInnen vor Ort – Schulleitung, Lehrende, Schüler*innen, Elternschaft und Schulverwaltung – oft am besten. Deshalb halten wir eine Beteiligung der Schulfamilie am Planungsprozess für unverzichtbar. Wir haben deshalb einen entsprechenden Antrag gestellt, um dieses Thema in den Ausschüssen zu diskutieren und zu beraten.

Oft drängt die Zeit. Die Planung und Realisierung von Erweiterungen, Um- oder Neubauten nimmt jedoch nach den bisherigen Erfahrungen – je nach Größe und Umfang des Bauvorhabens - vom Beginn der ersten

Überlegungen bis zur tatsächlichen Inbetriebnahme mehrere Jahre in Anspruch. Sowohl bei Neu-, Um- oder Ausbau gibt es Themen, die grundsätzlich bearbeitet werden müssen: Brandschutz und Sicherheit, Barrierefreiheit, Raumbedarf, Gestaltung und Sanierung der Außensportanlagen, Pausenhöfe und der Sanitäreinrichtungen. Bisher werden diese Themen für jedes einzelne Schulbauvorhaben jeweils neu bearbeitet, beraten und diskutiert. Zur Verfahrensbeschleunigung und -vereinfachung halten wir es deshalb für zielführend, wie es andere Kommunen bereits handhaben, eine kommunale Schulbauleitlinie zu erarbeiten, die z.B. Vorgaben zu Standard-Raumprogrammen für die einzelnen Schularten festlegt.

Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken

Wir setzen uns dafür ein, der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in Augsburg mehr Gewicht zu geben. Das von unserem Umweltreferenten Reiner Erben vorgelegte gesamtstädtische Umweltbildungskonzept ist hierfür der richtige Weg. Es ermöglicht nun, die Umweltbildungskonzepte einzelner Einrichtungen wie Zoo, Naturmuseum oder Waldpavillon stärker miteinander zu vernetzen und die zahlreichen guten Aktivitäten von Umweltverbänden, NANU e.V., Umweltstation und LPV zu bündeln und sichtbarer zu machen. Nun gilt es, Bildung für eine nachhaltige Entwicklung auch in allen Bildungseinrichtungen struktureller zu verankern, die Bereiche formale, non-formale und informelle Bildung systematischer miteinzubeziehen. Großer und sichtbarer Anker für diese Aktivitäten wird das neue Umweltbildungszentrum.

KULTURELLE TEILHABE

Miteinander leben

– von Martina Wild und Verena von Mutius

Das Recht auf kulturelle Teilhabe ist für uns GRÜNE in Augsburg ein wichtiger Grundsatz. Wir stehen für ein vielfältiges Angebot, das schon im Kindergartenalter ansetzt und sich bis ins hohe Alter erstreckt. Wir möchten generationsübergreifende und interkulturelle Projekte und Veranstaltungen unterstützen – damit wir miteinander leben und nicht nebeneinander her. Kultur regt zum Nachdenken über unsere Gesellschaft an und bietet einen Freiraum, in dem auch ein Denken jenseits der herrschenden Verhältnisse möglich ist. Kreativität, Fantasie sowie die Fähigkeit zur Kommunikation sind Schlüsselkompetenzen in einer

immer komplexer werdenden Welt. Gerade für Integration ist kulturelle Bildung ein wichtiger Beitrag, wenn sie Menschen unterschiedlicher sozialer oder ethnischer Herkunft ermutigt, sich künstlerisch auszudrücken oder auszutauschen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass diesen offensiv der Zugang zu den verschiedenen kulturellen Möglichkeiten eröffnet und auch gefördert wird.

Kulturelle Bildung ausbauen

Bildung findet an unterschiedlichen Bildungsorten und in unterschiedlichen Bildungspro-

zessen statt. Aus der Vernetzung schulischer und außerschulischer Akteure entsteht dabei unsere Augsburgs kommunale Bildungsland-

KULTURSOZIALTICKET WIRD LEICHTER ZUGÄNGLICH

Kulturelle Teilhabe bedeutet auch, dass sich die Bürgerinnen und Bürger die Tickets für kulturelle Veranstaltungen leisten können müssen. Unsere Stadtratsfraktion hat über einen Antrag erreicht, dass das Kultursozialticket seit dem 15.3.2018 auch unabhängig vom ÖPNV-Sozialticket direkt beim Amt für Soziale Leistungen erhältlich ist. So entfallen künftig Umwege und viele Bedürftige, die kein ÖPNV-Sozialticket wollen, können dennoch am kulturellen Leben unserer Stadt teilhaben.

schaft, zu der natürlich auch die Kulturelle Bildung gehört. Die Bedeutung kultureller Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen und für gesellschaftliche Entwicklungsprozesse ist mittlerweile anerkannt. Augsburg profitiert dabei von einem reichen Schatz an Akteuren und guten Projekten. Wir GRÜNE setzen uns seit vielen Jahren dafür ein, dass der Bereich kulturelle Bildung kontinuierlich gestärkt und weiter-

entwickelt wird. So hatten wir bereits 2011 in einem Antrag ein Konzept, feste Verwaltungsstrukturen und einen Fördertopf für einen ganzheitlichen Bildungsansatz eingefordert. Wir begrüßen daher sehr, dass im März 2018 das neue Online-Portal „Kulturkiesel“ an den Start ging und damit das Thema Kulturelle Bildung in Augsburg neu gebündelt und kanalisiert wird. Mit dem neuen Webportal entwickeln nun das Kultur- und das Bildungsreferat gemeinsam den Bereich Kulturelle Bildung weiter und zeigen die Vielfalt der Angebote auf, die es bereits gibt und perspektivisch noch geben könnte. Als besonders hilfreich bewerten wir auch die Zusammenstellung der verschiedenen Fördermöglichkeiten für Projekte der kulturellen Bildung. So können gute Projektideen überhaupt erst angestoßen und realisiert werden.

Eine der Fördermöglichkeiten ist dabei das Förderprogramm „Schule+Plus“ des Bildungsreferats. Ziel ist dabei, außerschulische Partner und deren Kompetenzen in die Schulen hinein zu holen, sowie kreatives Lernen, kulturelle Bildung, Sprach- und Lesekompetenz oder auch Ganztagsprojekte zu fördern. Auf Initiative von uns GRÜNEN wurde die Mittelkürzung dieses Fördertopfs nun wieder zurückgenommen. Wichtig für die Zukunft ist nach unserer Ansicht, dass der ganzheitliche Bildungsansatz des Kulturkiesels konsequent weiterverfolgt wird. Das heißt dann aber auch, ausreichend Fördermittel zur Verfügung zu stellen, die Bereiche kulturelle Bildung und Umweltbildung besser zu vernetzen sowie für eine adäquate personelle Ausstattung der städtischen Stellen zu sorgen. Zudem sollte die Stadt Orte der Kulturellen Bildung erhalten und ausbauen.



Öffnung der Kultureinrichtungen für ALLE

Der Zugang zu den klassischen Kulturinstitutionen ist keine Selbstverständlichkeit. Die Kultureinrichtungen stehen daher heute vor der Herausforderung, sich in einer weiter ausdifferenzierenden Stadtgesellschaft zu öffnen und Menschen mit Migrationshintergrund sowie Bürgerinnen und Bürger aus sozial benachteiligten Milieus zu erreichen, um diesen Teilhabe zu ermöglichen und damit zugleich neues Kulturpublikum für sich zu gewinnen. Angebote unserer Augsburgs Kultureinrichtungen wie Stadttheater, städtische Museen oder Stadtbücherei müssen sich daher an alle Teile der Stadtgesellschaft richten.

Wir GRÜNE haben uns bereits mit unserem Papier zur Öffnung des Stadttheaters aus dem Jahr 2012 dafür stark gemacht, dass das Stadttheater mehr Theaterpädagogik anbietet, in den Austausch mit der freien Szene tritt und mit Projekten in die Stadtteile geht. Im Kontext der bevorstehenden Sanierung des Stadttheaters ermöglichte der Beteiligungsprozess zur Zukunft des Theaters, zusammen mit der Stadtgesellschaft konkrete Ideen für diese Öffnung zu erarbeiten. Bei der Auswahl des neuen Intendanten haben wir zudem ein Konzept für die Öffnung des Theaters als Bedingung gemacht. Nun ist es an der Zeit, die erarbeiteten „Öffnungs“-Vorschläge sukzessive umzusetzen. Wir freuen uns daher, dass mit dem Tatortformat und der Verdoppelung der Theaterpädagogikstellen nun erste Projekte in der Realisierung sind.

In der vergangenen Stadtratsperiode wurde für die Stadtbücherei ein Bibliotheksentwicklungskonzept erarbeitet. Ziel ist es auch hier, vorhandene Hürden abzubauen. Wir unterstützen den neuen Fokus der Stadtbücherei auf Kinder und Jugendliche sowie Aktivitäten zur Leseförderung und zur besseren Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten. Dieser Weg verankert diese sowieso schon sehr erfolgreiche Institution noch besser in der Stadtgesellschaft.

Momentan wird die Augsburgs Museumslandschaft in einem weiteren Beteiligungsprozess untersucht und über zukünftige Perspektiven diskutiert. Auch hier muss der Fokus aus Sicht der GRÜNEN auf eine Öffnung, gerade mit Blick auf unsere vielkulturelle Stadtgesellschaft, gerichtet werden. Die deutsche Geschichte ist geprägt von Zuwanderung in vielen Jahrhunderten, so dass dies unserer Meinung nach eindeutig einen Anknüpfungspunkt für die Weiterentwicklung der Museumslandschaft darstellt. Wir GRÜNE werden neben dem Ausbau der Museumspädagogik daher zudem auch die Ausrichtung der Kulturinstitutionen an ihrem Auftrag als Treffpunkte und Kulturvermittler für die Stadtgesellschaft einfordern.

Gesundheit fördern und präventiv handeln: der Mensch im Mittelpunkt

– von Verena von Mutius und Dr. Pia Haertinger

Uns GRÜNEN ist es wichtig, die Spielräume der Kommune im Rahmen der ansonsten staatlichen Gesundheitsfürsorge zu nutzen. Im Vordergrund kommunaler Gesundheitspolitik müssen die gesunden Lebensbedingungen aller BürgerInnen stehen.

Präventionsprojekte ausbauen und Präventionskonzepte modernisieren

Angesichts der hohen Gefährdungspotenziale, mit welchen die Kinder und Jugendlichen heute konfrontiert werden, kommt der Präventionsarbeit eine große Bedeutung zu. Wir möchten sie befähigen, Gefährdungen aus den Bereichen Sucht, Essstörungen, sexualisierte Gewalt, Rassismus und Medien besser begegnen zu können. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Stadt Organisationen wie der Drogenhilfe oder der Suchtambulanz der Caritas mehr Geld für Personal bereitstellt, damit wichtige Präventions- und Aufklärungsangebote, wie z.B. das Programm SuPra, das SchülerInnen grundlegend über Suchtmittel aufklärt, ausgebaut werden können.

Trotz der Bemühungen in der Prävention ist die Zahl der Drogentoten in Augsburg in den letzten Jahren angestiegen. Sogenannte „neue Drogen“ könnten ein möglicher Grund für die gehäuften Todesfälle sein. Wir GRÜNE wollen daher mehr Finanzmittel und endlich die Aktualisierung des Drogenpräventionskonzeptes von 2005.

Aus unserer Sicht ist zudem die Steuerung und Vernetzung der verschiedenen Präventionsangebote entscheidend. Bereits 2010 hatten wir daher beantragt, ein Gesamtpräventionskonzept für Augsburg zu entwickeln. Wir halten das Projekt „Communities That Care“ für richtig. Ziel von CTC ist es, anhand von Schülerumfragen ausgeprägte Risikofaktoren sowie fehlende Schutzfaktoren und deren Auswirkungen auf Problemverhaltensweisen von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil zu ermitteln. Anhand der Auswertung und unter Einbeziehung von Schule, Familie, Peers sowie in Zusammenarbeit mit Trägern und Projekten in diesem Bereich werden dann lokale Aktionspläne erarbeitet, die den Kindern und Jugendlichen bestmögliche Chancen für ein gesundes und risikoarmes Aufwachsen in ihrem Stadtteil bieten sollen.

Niederschwellige Angebote bereithalten

Zudem muss es weiterhin niederschwellige Angebote wie das KiZ (Kontaktladen im Zentrum), Substitutionsprogramme und Streetwork geben, um auch denen zu helfen, die bereits in Abhängigkeiten geraten sind. Unsere Forderung nach Rückzugsräumen (Drogenkonsumräumen) bleibt trotz der ablehnenden Haltung der Staatsregierung aufrecht erhalten. Hierbei muss die Stadt z.B. mit Informationsveranstaltungen für die Gewinnung von Substitutionsplätzen bei ÄrztInnen noch mehr aktiv werden. Für Menschen, deren Gesundheitsvorsorge nicht gewährleistet ist, sind Angebote wie die kostenlose und anonyme Beratung wichtig, damit zum Beispiel auch Obdachlose eine ausreichende Versorgung haben.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir sehr, dass es im Verlauf des Jahres 2018 einen betreuten Treffpunkt für Alkohol- und Drogenabhängige in der Nähe des Oberhauser Bahnhofs geben wird, der im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für den Stadtteil umgesetzt werden soll. Hierzu zählen eine Aufwertung des Stadtteils, der Grünanlagen an der Wertach und des Platzes selbst sowie die Einrichtung eines Quartiersmanagements. Wir GRÜNE halten es für enorm wichtig, den Treff als offenes Angebot für alle Menschen zu etablieren. Die Bevölkerung soll dort aktiv mithelfen und in Kontakt mit den Suchtkranken kommen können. Wichtig ist uns auch, dass die Oberhauser BürgerInnen die Möglichkeit haben, die Räume abends für Vereinsaktivitäten oder andere Initiativen zu nutzen. Ziel muss es sein, einen sozialen Treffpunkt zu entwickeln, von dem die Bevölkerung auch einen konkreten Mehrwert hat, damit eine gute Akzeptanz erreicht wird.



DIE NEUE UNIKLINIK IN DIE STADT EINBINDEN

Die Umwandlung des heutigen Klinikums in eine Uniklinik wird auch von uns GRÜNEN in Stadt und Land mitgetragen, weil so die Maximalversorgung für die Bevölkerung in unserer Region in Zukunft gewährleistet ist. Vor allem die geplanten Forschungsschwerpunkte Umweltmedizin und Medizininformatik sehen wir als Chance für den Wissenschaftsstandort und die Umweltstadt Augsburg. Wir begrüßen die Idee eines Klinikbeirats, der die lokalen Anliegen der Gesundheitsversorgung an die Landesebene adressieren kann. Wir konnten gemeinsam mit Vertretern des Landkreises erreichen, dass es keine weiteren Auslagerungen von Dienstleistungen geben wird und so der Fehler der Vergangenheit, als die Wäscherei ausgelagert wurde, nicht noch einmal gemacht wird.

Voraussetzung und Grundlage für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

– von Martina Wild und Antje Seubert



Ein "selbstbestimmtes Leben" zu führen bedeutet für uns GRÜNE, sich frei entscheiden zu können - unabhängig von Beeinträchtigung und Alter, von Einkommen und Herkunft. Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet, dass politische, kulturelle und soziale Angebote in unserer Stadt allen Menschen offen stehen. Armut erschwert genau das, weshalb es weiterhin Konzepte gegen soziale Ausgrenzung braucht.

Teilhabemöglichkeiten für alle schaffen

Teilhabe schaffen heißt für uns GRÜNE auch, politische Partizipation vor Ort so zu gestalten, dass möglichst viele Bürger*innen bei politischen Entscheidungen mitbezogen werden können. Wir haben hierzu Verbesserungen beantragt und wollen eine Vorhabenliste nach Heidelberger Vorbild, damit jede/r öffentlich einsehen kann, welche Vorhaben gerade bei der Stadt anstehen.

Wir schätzen die Zusammenarbeit mit dem Senioren-, Behinderten- und Integrationsbeirat. Sie sind mittlerweile bei allen städtischen Planungs- und Entwicklungsprozessen eingebunden. Auch Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit bekommen, sich in die Gestaltung ihrer Stadt einzubringen. Daran arbeiten wir gemeinsam mit Jugendamt und SJR.

Wir begrüßen Projekte für langzeitarbeitslose Jugendliche und Erwachsene. Um diese zu ermutigen, aus ihrer Isolation herauszukommen und sich mit ihren Fähigkeiten

einzubringen, brauchen wir gemeinwesenorientierte Lernwerkstätten und Nachbarschaftsprojekte. Vorbildhaft sind hier z.B. die Berufsagentur für Jugendliche, der Tante-Emma Laden der Diakonie oder das Zukunftskolleg des SKM.

Die soziale Stadt gestalten

Eine GRÜNE Stadtplanung hat den Anspruch, der Vielfalt an Lebensentwürfen gerecht zu werden. Wir wollen das Wohnumfeld und den öffentlichen Raum für alle Bürger*innen mit ihnen gemeinsam gestalten. Unser Ziel ist, dass in den Stadtteilen die Einrichtungen des täglichen Bedarfs vorhanden und fußläufig erreichbar sind, die Quartiere eine hohe Aufenthaltsqualität haben, Begegnungsmöglichkeiten und viel Grün bieten.

Die Gestaltung der Stadtteile erfolgt über Prozesse wie "Soziale Stadt" und "Integrierte Stadtteilentwicklungskonzepte (ISEK)" z.B. in Oberhausen, im Textilviertel und in Hochzoll, an denen möglichst viele Akteure im Stadtteil beteiligt werden. Denn sie sind die "ExpertInnen vor Ort". Ziel ist es, den Stadtteil als attraktiven Wohnort mit vielfältigen Funktionen zu sichern - dafür braucht es belebte Quartierszentren und die Stärkung der kulturellen und sozialen Netzwerke. Konkrete Projekte sind dabei z.B. die Sanierung und zukünftige Nutzung des Färberturms im Textilviertel und die Sanierung von Spielplätzen in der Jakobervorstadt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Geld dafür bereitstellt, damit diese Vorhaben bald umgesetzt werden.

Den Aktionsplan Inklusion umsetzen

Wir GRÜNE wollen, dass Barrieren für Menschen mit Behinderung abgebaut werden und der Zugang zu Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen sowie zu Berufsausbildung und zum Arbeitsmarkt frei gemacht wird.

2014 haben wir den Anstoß für einen „Aktionsplan Inklusion“ gegeben. Dieser Aktionsplan wird derzeit durch einen "Beraterkreis" bestehend aus Fachleuten der Behindertenarbeit, Schulen, Kitas, Uni Augsburg, Stadtverwaltung und Politik erarbeitet. Die Federführung obliegt der neuen Fachstelle Inklusion. Integraler Bestandteil ist die Beteiligung der Betroffenen durch eine Bürgerwerkstatt "Gemeinsam dazu gehören" sowie Befragungen aller Augsburger*innen über ihre Vorstellungen zur Inklusion. Derzeit werden Maßnahmen auf dem Weg zur inklusiven Kommune erarbeitet. Wir GRÜNE beteiligen uns an der Erstellung des Aktionsplans, weil wir damit unser Ziele der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für Alle auf den Weg gebracht sehen.

BARRIEREFREIHEIT SCHAFFEN

Der öffentliche Raum in Augsburg sollte für alle Menschen barrierefrei sein. Dies ist nur scheinbar vor allem für Menschen mit Behinderung ein wichtiges Thema. Wir GRÜNE wollen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Barrierefreiheit eine Qualität an sich und für alle ist. Deshalb sollten öffentliche Gebäude, Verkehrsmittel, Freizeiteinrichtungen etc. barrierefrei sein. Wir begrüßen daher, wenn im Standesamt nun endlich ein Aufzug eingebaut und im Botanischen Garten ein Rollstuhlkaressell aufgestellt wird.

Darüber hinaus sehen wir auch immer noch großen Bedarf, geeigneten barrierefreien Wohnraum zu schaffen. Die kostenlose Beratung zur Wohnraumanpassung ist daher ein wichtiges städtisches Angebot.

Seniorengerechte Unterstützungsangebote im Quartier

– von Antje Seubert

Im Zuge des demografischen Wandels nimmt die Zahl der SeniorInnen zu. Wir GRÜNE wollen Möglichkeiten und Räume schaffen, dass Jede/r solange wie möglich selbstbestimmt leben und aktiv sein kann. Wenn die Kräfte aber nachlassen, braucht es die notwendigen Hilfsangebote. Alle Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf sollen dabei die Chance haben, sich bewusst für eine bestimmte Art des Wohnens und Lebens zu entscheiden.

Seniorengerechte Quartiersentwicklung

Rüstige SeniorInnen, aber auch Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf wollen mit zunehmender Selbstverständlichkeit in ihrem vertrauten Umfeld leben. Dies wollen wir fördern und die Unterstützung wohnortnah und niederschwellig im Quartier ausbauen.

Es ist aus unserer Sicht Aufgabe der Stadt, für eine entsprechende Infrastruktur Sorge zu tragen – unter anderem durch eine ausreichende Nahversorgung und niederschwellige Hilfen, die nicht zuletzt auch der Vereinsamung alter Menschen entgegen wirken. Mit den Senioren-Fachberatungen, den MehrGenerationenTreffs, den Sozialstationen und den Einrichtungen der Altenhilfe verfügt Augsburg schon über ein gutes Netz an Beratungs- und Pflegeeinrichtungen.

Muttersprachliche Angebote stehen zudem für türkisch- und russischstämmige SeniorInnen zur Verfügung. Für alte Menschen mit russischen Wurzeln gibt es seit 2017 eine Fachberatungsstelle im Hochfeld. Und das erfolgreiche Projekt INA (interkulturelles Netzwerk Altenhilfe) ist inzwischen für das ganze Augsburger Stadtgebiet zuständig.

Wenn Hilfe nötig wird:

Gute Unterstützung und Pflege

Der Leitsatz „ambulant vor stationär“ ist GRÜNE Maxime in der Pflegepolitik. Dies sehen wir in Augsburg vielfach gewährleistet aber auch ausbaufähig. Das Konzept der kleinteiligen, niedrigschwelligen senioren- und behindertengerechten Quartiersentwicklung ist dabei unsere Richtschnur. Augsburg bietet mit seinen 14 Versorgungsregionen eine gute Grundlage für die Bündelung von Beratungsangeboten vor Ort. Zudem übernehmen stationäre Senioreneinrichtungen ebenfalls eine wichtige Funktion in der Versorgungskette.

Armut im Alter vorbeugen

Arme SeniorInnen bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit. Für sie sind kurze Wege und niedrigschwellige, aufsuchende Beratung in vertrauter Umgebung von besonderer Bedeutung. Daher greift auch hier erneut der Quartiersgedanke als sozialpolitisches Grundmuster, dem wir GRÜNE uns verpflichtet fühlen.

Armut im Alter setzt aber oft nicht erst mit der Rente ein. Die Ursachen für Armut sind vielfältig: Häufig treffen schwierige Lebensbedingungen und zu wenig Geld mit sehr niedrigen psychosozialen Reserven zusammen. Die Folge sind höhere Erkrankungsraten, weniger Möglichkeiten sich davor zu schützen sowie ein soziales Umfeld, von dem Unterstützung nicht zu erwarten ist. Daher stand für uns GRÜNE der Präventionsgedanke schon immer im Vordergrund, um „Armutskarrieren“ zu vermeiden.

Städtische Altenhilfe

Wir GRÜNE wollen die städtischen Senioreneinrichtungen zukunftsfähig aufstellen und sie damit in die Lage versetzen, gute Konzepte und moderne Standards für eine menschliche Pflege unter guten Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Dabei ist der Fachkräftemangel eine große Herausforderung. In Kooperation mit dem Büro für Migration bietet die Altenhilfe daher „Welcome Days“ für Auszubildende sowie Schulungen in interkultureller Kompetenz für ihre multikulturellen Pflege-Teams an. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Aufgabe einer zukunftsfähigen Altenhilfe ist zudem die Qualifizierung und Kompetenzerweiterung in Richtung einer kultursensiblen Pflege. Nur so wird sie den Bedürfnissen pflegebedürftiger Mitbürger*innen in unserer vielkulturellen Stadtgesellschaft gerecht. Des Weiteren sehen wir die Notwendigkeit einer verstärkten interkulturellen Öffnung der bestehenden Senioreneinrichtungen.

MEHRGENERATIONENTREFFPUNKTE AUSBAUEN

Mit dem personellen, finanziellen und konzeptionellen Ausbau der MGTs zu sog. „Sozialzentren“ kann Bewährtes weiterentwickelt werden. Dazu läuft zur Zeit eine Anfrage der GRÜNEN Stadtratsfraktion. Bei der Planung dieser Sozialzentren ist besonderes Augenmerk auf die Lage psychisch kranker und suchtkranker SeniorInnen zu legen. Zudem ist die Betreuung für an Demenz Erkrankte und deren Angehörige stetig bedarfsgerecht auszubauen. Und auch das Schicksal vereinsamter alter Menschen, auf das der Sozialbericht besonders hinweist, ist auf der Agenda GRÜNER Sozialpolitik.



Ein Plan für die vielkulturelle Stadt

– von Reiner Erben



Augsburg ist eine vielkulturelle Stadt. Über 46 % der Augsburgerinnen und Augsburger haben eine Migrationsgeschichte. Gemeinsam mit dem in meinem Referat angesiedelten Büro für Migration will ich ein Integrationsentwicklungskonzept für Augsburg auf den Weg bringen. Augsburg bekennt sich mit diesem Plan zu den

tatsächlichen Gegebenheiten einer vielkulturellen Stadt und führt damit aus, dass sowohl Deutschland ein Einwanderungsland, als auch Augsburg eine Einwanderungsstadt ist. Mit dem Konzept zeigt sie die Wichtigkeit der Themen Migration und Integration als zentrale kommunale Aufgaben. Sie schafft damit ein positives Klima, in dem sich Menschen mit all ihrer Vielfalt angenommen fühlen. Solange es messbare Unterschiede beim Zugang zu zentralen Bereichen, wie Ausbildung, Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Kultur, Gesundheit etc. gibt, ist eine gleichberechtigte Teilhabe noch nicht erreicht.



Das Konzept dient als Handlungsleitlinie für die Integrationspolitik und -arbeit in der Stadt. Es fungiert als verbindliches Regelwerk und verdeutlicht damit, wie wichtig die Verwaltung den sicht- und messbaren demografischen Wandel in der Stadt und den Stadtteilen nimmt. Es beschreibt die grundlegenden Rahmenbedingungen für einen respektvollen und gleichberechtig-

ten Umgang zwischen Menschen ohne und mit Migrationshintergrund. Zwei zentrale Aufgaben stehen dabei im Mittelpunkt: Für die Verwaltung stellt es die Grundlage eines messbaren Integrationsmanagements dar und für die städtische Gesellschaft ist das Konzept die Grundlage für den interkulturellen Dialog und die Aufforderung, sich mit Respekt, Offenheit und Empathie zu begegnen. Mit der stadtesellschaftlichen Diskussion und Verabschiedung des Konzepts zur gleichberechtigten Teilhabe zeigt Augsburg, dass es Migration und Integration als grundlegenden gesellschaftlichen Faktor anerkennt.

An wen richtet sich das Integrationsentwicklungskonzept?

Ein Integrationsentwicklungskonzept definiert gemeinsame Ziele und Werte, die sich aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik speisen und überlegt, wie diese Werte zum Kitt unserer diversen Gesellschaft werden und wie diese vermittelt werden können. Integration, verstanden als gleichberechtigte Teilhabe, ist keine Einbahnstraße, sondern fordert von allen in einer Stadt lebenden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und deren Einrichtungen, immer wieder auf der Basis des geltenden Grundgesetzes, die Regeln für das Zusammenleben neu auszuhandeln.

Das Integrationsentwicklungskonzept richtet sich:

- an Augsburger*innen mit und ohne Migrationshintergrund, damit deutlich wird, dass Migration der Normalfall in der Geschichte ist.
- an Menschen, die neu in die Stadt kommen, und die die nötigen Informationen und Hilfestellungen bekommen, und sich auch mit den Werten und Normen dieses Landes vertraut machen.
- zum einen an die Verwaltung, die mit dem Prozess der interkulturellen Öffnung, und damit einhergehend, Personalentwicklung, Organisationentwicklung und Monitoring ihre Mitarbeiterschaft fit macht für die Arbeit in der modernen vielfältigen Stadt.
- aber auch an Migrant*innen, die schon seit Generationen hier wohnen und arbeiten und die in ihrer Leistung anerkannt werden.

Spielplatzprogramm 2019-2020 – Erste Schritte zur Inklusion

Das im Umweltsprecheramt verortete Amt für Grünordnung ist zuständig für rund 300 Spielplätze im Stadtgebiet. Grundlage dieser Arbeit ist das Spielplatzprogramm. In der Sitzung des Umweltausschusses vom März 2018 wurde das neue Programm für die Jahre 2019 – 2020 beschlossen. Insgesamt schlagen wir Investitionsmittel in Höhe von über eine Mio. EUR für die Ertüchtigung, den Aus- und Neubau von Spielplätzen in den nächsten zwei Jahren vor. Die Umsetzung wird abhängig sein, in welcher Höhe Finanzmittel in den Haushaltsberatungen im Herbst 2018 beschlossen werden.

Die Notwendigkeit zum Bau neuer Spielplätze und zur Verbesserung bestehender Spieleinrichtungen ergibt sich aus der Realisierung neuer Baugebiete, einer ansteigenden Wohnungsdichte und Veränderungen der Altersstruktur in den Siedlungsbereichen, sowie der Abnutzung von Anlagen und Ausstattung.

Zusammenspielen fördern

Ebenso stellt die Stadt Augsburg federführend durch das Referat 3 einen Inklusionsplan auf, mit dem Ziel der Förderung von Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit und ohne Behinderung. Der Gedanke der Inklusion ist auf den öffentlichen Spielplätzen zukünftig vermehrt zu berücksichtigen. Eine Verpflichtung ergibt sich aus der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die in den Inklusionsplan für Augsburg eingebunden wird. Inklusion bedeutet hierbei nicht, dass alle Spieleinrichtungen rollstuhlgerecht sein müssen, da die Einschränkungen und Bedürfnisse der Menschen vielseitig sind. Ziel ist es demnach nicht, dass ein behindertengerechtes Spielgerät „zufälligerweise ohne Bezug“ eingebaut wird. Vielmehr ist das Zusammenspielen zu fördern, um trotz der Unterschiede Gemeinsamkeiten zu entdecken. Daraus resultiert bei einem Teil der Spielplätze eine Kostenmehrung von ca. 10 %. Grundsätzlich sollen für alle Kinder auf einem Spielplatz unterschiedlichste Wahrnehmungsbereiche gefördert werden (z.B. Grobmotorik, Feinmotorik, Kontaktverhalten, Kooperationsverhalten, taktile Wahrnehmung). Hinsichtlich der verstärkten Berücksichtigung

der Inklusion auf öffentlichen Spielplätzen sollen weitere Kooperationsprojekte mit dem Sozialreferat erarbeitet werden.

In Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat konnten dankenswerterweise durch Zustiftungen Mittel in Höhe von 31.000 € für ein „Rollstuhlfahrer-Karussell“ mit Dach bereitgestellt werden, das im Botanischen Garten aufgestellt wird. Hier können behinderte Kinder mit nichtbehinderten Kindern spielen. Der Botanische Garten als „Publikumsmagnet“ hat hierbei den Vorteil, dass eine behindertengerechte Toilettenanlage vorhanden ist. Zudem wird das hochwertige Spielgerät in einem abgeschlossenen Areal aufgestellt und somit vor Vandalismus geschützt. Das Karussell soll im Zuge der Erweiterung des Spielplatzes ab Juli 2018 aufgestellt werden.

Ebenso wurde der Sport- und Bäderentwicklungsplan berücksichtigt, der in Teilen die öffentlichen Spielplätze tangiert.

25% der Bevölkerung werden durch das Programm angesprochen

Wie im Strukturatlas der Stadt Augsburg dargestellt, steigt die Zahl der Augsburgerinnen und Augsburger kontinuierlich. Von 2008 bis 2015 war ein Wachstum von 8,1 % festzustellen. Dieses führt anhand anerkannter städtebaulicher Orientierungswerte zu einem erhöhten Bedarf an öffentlichen Freiräumen zum Spielen. Ebenso entwickelt sich durch die Wohnungsdichte, neben dem zahlenmäßigen Bedarf, ein verstärktes Bedürfnis nach adäquaten Spielräumen – je nach Angebot im Stadtteil. Von den rund 294.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind ca. 15 % Kinder von 0 – 18 Jahren. Berücksichtigt man die jungen „Erwachsenen“ mit, sind ca. 25 % der Bevölkerung direkt durch das Spielplatzprogramm angesprochen.



Soziale Teilhabe und Selbstbestimmung in der Grundsicherung: Sanktionen abschaffen!

– von Claudia Roth



Auch Menschen ohne Perspektive haben ein Recht auf Teilhabe durch Arbeit

In einer inklusiven Gesellschaft gehören alle Menschen dazu und sollen selbstbestimmt teilhaben können. Jede und jeder ist Teil der Gemeinschaft, niemand wird an den Rand gedrängt. Die Zahl der Menschen, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind, ist seit Jahren erschreckend hoch. Acht Millionen Menschen in Deutschland leben von Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Daneben gibt es eine Vielzahl von Menschen, die in „verdeckter Armut“ leben, also Anspruch auf Leistungen haben, diese aber nicht in Anspruch

nehmen. Betroffen sind nicht nur Erwerbslose, sondern auch immer mehr Menschen, die arbeiten, deren Einkommen aber nicht existenzsichernd ist. Sehr viele Kinder und auch immer mehr alte Menschen beziehen Grundsicherung.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Gemeinsam mit dem Sozialstaatsgebot des Artikels 20 Absatz 1 begründet Artikel 1 des Grundgesetzes das individuelle Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums – auch in Phasen ohne oder mit nur geringem Erwerbseinkommen. Dazu gehört neben der Deckung des „physischen Existenzminimums“ auch ein gewisses Maß an sozialer und kultureller Teilhabe, beispielsweise um ins Kino, Schwimmbad oder in einen Sportverein gehen zu können.

Die Leistungen der sozialen Mindestsicherung sollen Menschen vor Armut schützen und selbstbestimmte Teilhabe ermöglichen. Denn das Recht auf ein Leben in Würde steht jeder und jedem zu. Dieser Anspruch wird heute schon nicht erfüllt, weil die Regelbedarfe viel zu knapp kalkuliert sind. Die geringste Kürzung führt dazu, dass Teilhabe noch weiter eingeschränkt wird. Nach geltendem Recht führt aber bereits die erste Pflichtverletzung dazu, dass der Regelbedarf der Person, der die Sanktion auferlegt wird, um 30 Prozent gekürzt werden kann. Bei wiederholten Pflichtverletzungen werden nicht einmal mehr die Kosten der Unterkunft weiter bezahlt. Unter-25-Jährigen wird der Regelbedarf bereits bei der ersten Pflichtverletzung vollständig entzogen.

Viele Sanktionen werden zu Unrecht ausgesprochen und führen zu sozialen Härten

80 Prozent aller Sanktionen werden derzeit wegen Meldeversäumnissen ausgesprochen – etwa, wenn Bezieherinnen oder Bezieher unentschuldigt einen Termin beim Jobcenter nicht wahrnehmen. Nur knapp zehn Prozent werden verhängt, weil sich jemand weigert, eine Arbeit anzunehmen oder weiter auszuführen. Es ist zwar ein berechtigtes und wichtiges Ziel die gegenseitige Verbindlichkeit im Fallmanagement zu stärken, aber ein Nachweis, dass die Sanktionspraxis einen Beitrag zur nachhaltigen und langfristigen Eingliederung in den Arbeitsmarkt leistet, liegt nicht vor. Die Kürzung der Leistung führt häufig lediglich zur kurzfristigen Aufnahme von Arbeit, um die aktuelle Notlage zu überbrücken. Wenn die Kosten der Unterkunft gestrichen werden, droht der Verlust der Wohnung bis hin zur Obdachlosigkeit. Die mit den Sanktionen verbundenen sozialen Härten sind besonders angesichts der Tatsache bedenklich, dass viele Sanktionen zu Unrecht ausgesprochen und von den Sozialgerichten wieder zurückgenommen werden.

Mehr Unterstützung und bessere Rahmenbedingungen

Trotz einer ausgezeichneten Lage auf dem Arbeitsmarkt sind noch immer etwa eine Million Menschen länger als zwölf Monate ohne Erwerbsarbeit. Sie brauchen sehr viel mehr Unterstützung und bessere Rahmenbedingungen. Nicht Sanktionen, nicht die Praxis von Androhung und Bestrafung, sondern faire Spielregeln, Motivation und Bestärkung der Arbeitssuchenden müssen die Arbeit in den Jobcentern bestimmen. Die Aufnahme oder die Ausweitung einer Erwerbstätigkeit verbessert die finanzielle Situation für Beschäftigte mit niedrigen Löhnen, Kindern oder hoher Mietbelastung häufig nicht, weil die Belastung mit Sozialabgaben selbst bei kleinen Einkommen schon sehr hoch ist und die Grundsicherung für Arbeitssuchende zu schlecht mit dem Wohngeld und den Leistungen für Familien abgestimmt ist. Das kann zur Folge haben, dass die Ausweitung der Erwerbsarbeit dazu führt, dass sogar weniger Geld im Portemonnaie ist.

Mehr Personal für das „Kerngeschäft“ Beratung und Vermittlung

Derzeit ist eine Arbeitsvermittlerin bzw. ein Arbeitsvermittler für rund 150 Arbeitssuchende zuständig. Immer noch müssen die Jobcenter einen Teil ihrer Verwaltungskosten (2016: 764 Mio. Euro) aus dem Budget bestreiten, das eigentlich für die Eingliederung zur Verfügung stehen soll. Dabei sinken diese Mittel ohnehin seit Jahren. Ein zu hoher Anteil des Personals ist deshalb mit der Berechnung von Leistungen und/oder mit der Berechnung und Durchsetzung von Sanktionen beschäftigt. Vor allem die vielen Rechtsstreitigkeiten binden Personal in den Jobcentern und auch in den Gerichten. Dieses Personal steht nicht für die Beratung und Vermittlung zur Verfügung.

Die Gründe, warum Menschen langzeitarbeitslos werden, sind vielfältig. Unzureichende Qualifikation, Lebensalter, gesundheitliche und persönliche Probleme aufgrund besonderer Lebensereignisse werden im Verlauf der Arbeitslosigkeit zu sogenannten Vermittlungshemmnissen. Gleichzeitig besteht ein struktureller Mangel an passgenauen Arbeitsplätzen. Die individuellen Stärken und Fähigkeiten zu kennen und zu berücksichtigen, ist wichtige Grundlage für den Erfolg einer Maßnahme – für den einzelnen Arbeitssuchenden und auch für die Behörde. Nach wie vor haben Maßnahmen Vorrang,

welche die unmittelbare Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglichen. Eine Vermittlung in Ausbildung kommt dann in Betracht, wenn kein Berufsabschluss vorliegt. Das trägt nicht für jene Menschen, die ihren Beruf nicht mehr ausüben können. Die Erwartung, jeder und jede Arbeitslose könne automatisch von einer guten Arbeitsmarktlage profitieren, hat sich als Illusion erwiesen. Auch Menschen ohne absehbare Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt haben aber ein Recht auf Teilhabe durch Arbeit.



Wir haben als Grüne Bundestagsfraktion im April 2018 deshalb in einem **Antrag** im Deutschen Bundestag gefordert:

1. Die soziale Mindestsicherung wird nicht mehr durch Sanktionen gekürzt, die gesetzlichen Möglichkeiten zur Kürzung werden ersatzlos aufgehoben.
2. Steuern, Sozialabgaben und soziale Leistungen werden so aufeinander abgestimmt, dass (zusätzliche) Erwerbsarbeit die Menschen immer spürbar besser stellt.
3. Die Jobcenter werden bedarfsdeckend mit Personal und Mitteln zur Eingliederung und für die Verwaltung ausgestattet.
4. Das Fallmanagement in den Jobcentern wird verbessert. Arbeitssuchende erhalten passgenaue Hilfen und garantierte Angebote zur Qualifizierung und Weiterbildung, die individuell auf sie zugeschnitten sind, sowie ein Wunsch- und Wahlrecht hinsichtlich der Maßnahmen und der Gestaltung des Integrationsprozesses.
5. Für über 25-Jährige, die bereits länger als 24 Monate arbeitslos sind und absehbar keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt haben, können die Jobcenter Regelbedarfe und Kosten der Unterkunft in einen Zuschuss zu den Lohnkosten umwandeln. Damit entsteht ein sozialer Arbeitsmarkt, der mit individuell geförderter, sozialversicherungspflichtiger und fair entlohnter Beschäftigung neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht.

Foto Claudia Roth: J. Konrad Schmidt

Gerechtigkeit für Kindsköpfe – der GRÜNE Weg zur Chancengleichheit in der frühkindlichen Bildung

– von Christine Kamm



Jedes Kind gleich und dennoch individuell behandeln

„Das Kind ist das Teuerste, was eine Nation hat.“ Dieses Zitat stammt von einem der bekanntesten Kinder der Fuggerstadt: Bertolt Brecht. Seine Worte sind so simpel wie wahr. Die Kinder sind die Zukunft einer jeden Gesellschaft. Wenn unsere zukünftige Gesellschaft gerecht sein soll, dann müssen wir jetzt allen Kindern Chancen auf eine bestmögliche frühkindliche Bildung geben. Denn Gerechtigkeit fängt in den Köpfen an, genauer gesagt

in den Köpfen unserer Kinder! Das ist die Maxime, an der sich das politische Handeln von uns GRÜNEN ausrichtet.

Gerechtigkeit leben kann nur, wer auch Gerechtigkeit erfährt

Für uns ist es deshalb von zentraler Bedeutung, dass wir als Gesellschaft unsere Kinder gerecht – und das bedeutet jedes einzelne Kind gleich und dennoch individuell – behandeln. Auch und vor allem beim Kernthema Bildung.

Aber ab wann macht es Sinn, ab welchem Alter ist Bildung überhaupt ein Thema? Für uns GRÜNE ist klar: Gerechtigkeit bedeutet beste Bildung für alle und zwar von Anfang an! Kinder sind unendlich neugierig und sie lernen vom ersten Tag an. Wir wollen die Voraussetzungen für alle Kinder schaffen,

in denen sie ihre individuellen Fähigkeiten stärken und gleichberechtigt teilhaben können. Unabhängig von Behinderung, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft und Religion. Die frühe Phase kindlicher Entwicklung und kindlichen Lernens ist enorm wichtig, damit Kinder ihre Potentiale und Talente entfalten können. Das heißt für uns: Bildung in den ganz frühen Jahren muss deutlich stärker ins Blickfeld rücken als bisher. Unser Ziel: Chancengerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung.

Kindertagesstätten müssen inklusiv werden, eigentlich müssten sie es schon lange sein. So sieht es auch die 2009 ratifizierte UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen. Noch immer wird aber in Bayern die Mehrzahl der Kinder mit einer (drohenden) Behinderung in einer Sondereinrichtung betreut. Das schafft Barrieren, schließt aus, anstatt zu verbinden. Dabei klappt Inklusion in den Kitas, in denen sie mit guter personeller und fachlicher Ausstattung gelebt wird, außerordentlich gut.

Frühkindliche Bildung quantitativ und qualitativ ausbauen

Erster Lebens- und Lernort außerhalb der Familie sind unsere Kindertagesstätten. Kinderkrippen, Kindergärten, Tagespflege und Horte Bildungsorte, denen unsere besondere Aufmerksamkeit und Förderung gilt. Sie entlasten und unterstützen die Eltern und bieten Kindern einen vielfältigen Lern- und Erfahrungsort für alle Kinder unabhängig ihrer sozialen Herkunft. Diese Einrichtungen müssen gestärkt werden! Als allererstes gilt es, die Kindertagesbetreuung auszubauen. Der Ausbau und die Verbesserung der frühkindlichen Bildung und Betreuung ist ein wichtiger Schlüssel für gute Bildungs- und Zukunftschancen von Kindern, für die

bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die Unterstützung von Alleinerziehenden und letztlich auch für die nachhaltige Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut. Deshalb fordern wir einen schnelleren Ausbau aller Betreuungsangebote und eine deutliche Verbesserung der Qualität in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung in Bayern.

Rechtsanspruch noch lange nicht erreicht

Der Rechtsanspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege ist zwar seit 2013 endlich auch für ein- und zweijährige Kinder gegeben, doch aktuelle Zahlen sprechen eine andere Sprache: Zwar wünschen sich laut einer Studie des Deutschen Jugendinstituts 43 Prozent der Eltern mit Kindern unter drei Jahren einen Betreuungsplatz für ihr Kind. Dieser Bedarf kann in Bayern aber noch lange nicht gedeckt werden: Gegenwärtig gibt es im Freistaat nur für jedes vierte Kind einen Platz in der Kita. Deshalb fordern wir zur besseren Verständigung zwischen Land und Kommunen einen Kitagipfel, bei dem sich alle Beteiligten auf ein konkretes Programm und ein höheres Tempo beim Ausbau der Betreuungsangebote verständigen. Der Freistaat muss ein neues Sonderinvestitionsprogramm auflegen!

Doch der quantitative Ausbau der Kindertagesbetreuung muss Hand in Hand mit einer qualitativen Aufwertung gehen. Viele Faktoren haben Einfluss auf die Qualität in der frühkindlichen Bildung. Die Personalentwicklung in den Kitas konnte mit steigenden pädagogischen Anforderungen und wachsenden bürokratischen Vorgaben nicht Schritt halten. Auf eine vollzeitbeschäftigte Kita-Fachkraft kommen in Bayern durchschnittlich 8,8 ganztagsbetreute Kindergartenkinder bzw. 3,8 ganztagsbetreute Krippenkinder. Damit liegt das reiche Bayern sogar noch unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Das kann nicht der Anspruch des Freistaats sein! Deshalb fordern wir GRÜNE einen vernünftigen Personalschlüssel.

Damit Maßnahmen in diese Richtung allerdings nicht als Nebelkerzen verpuffen und ein Stellenschlüssel nur zu noch weniger Kita-Plätzen führt, müssen die Arbeitsbedingungen in den Kitas deutlich verbessert werden. Neben geeigneten Maßnahmen

zur Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte brauchen wir daher auch ein Konzept zur Bindung der vorhandenen Fachkräfte. In Bayern liegt die gesetzlich verbindliche Fachkraftquote bei 50 Prozent. In keinem anderen Bundesland ist der Anteil der ausgebildeten Erzieherinnen am Kita-Personal zu gering. Damit sich das ändert, müssen Weiterbildungsprogramme ausgeweitet, der Berufsbild von Erzieherinnen attraktiver gestaltet werden. Zudem muss die Finanzierung der Kitas verbessert werden und berechenbarer sein. Die Buchungszeitrisiken dürfen nicht länger über Teilzeit- und befristete Verträge an die Erzieher und Erzieherinnen weitergereicht werden.

Weichen für Integration müssen früh gestellt werden

Der Leitsatz „Nur gemeinsam sind wir stark!“ gilt auch für die Integration von Kindern mit Flucht- und Migrationshintergrund. Integration ist eine Daueraufgabe und die Weichen werden früh gestellt. Bei über 90.000 Kindern wird in den Familien überwiegend nicht deutsch gesprochen, dabei ist Sprache doch der Schlüssel zur Integration und hier wiederum können Kindertagesstätten eine entscheidende Rolle spielen. Auch damit diese Kinder eine gerechte Chance haben, sich in unserer Gesellschaft zurecht zu finden, müssen dringen zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden.

Es gibt ihn also: einen neuen, einen GRÜNEN Weg in Richtung Chancengleichheit in der frühkindlichen Bildung. Doch wann müssen wir diesen Weg beschreiten? Die Antwort: Sofort!

Die Zukunft wird im Hier und Jetzt gestaltet. Wenn wir also weiterhin in diesem drastischen Ausmaß in der frühkindlichen Bildung sparen, wie es die bayerische Staatsregierung bisher tut,

bekommen wir bald eine saftige Rechnung serviert. Dann ließe sich wieder Brecht zitieren, allerdings in einem ganz anderen Sinne:

„Das Kind ist das Teuerste, was eine Nation hat.“



Sport in Augsburg: Mehr Vielfalt für mehr Menschen

– von Stephanie Schuhknecht, Antje Seubert und Martina Wild



Sport baut Brücken und knüpft Verbindungen unter Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters und leistet so einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Integration. Sport trägt dazu bei, Chancengerechtigkeit herzustellen. Kinder und Jugendliche lernen im Sport Fairness und Teamgeist und den Umgang mit Erfolg wie Misserfolg. Der Zugang zu Sport sollte daher nicht von der finanziellen Situation der Eltern abhängig sein.

Vielfalt der Sport- und Bewegungsmöglichkeiten ausbauen

Ein breites Angebot an Sport- und Bewegungsmöglichkeiten macht die Sportstadt Augsburg aus: der klassische Breiten- und Spitzensport in Vereinen, Sport in Kindergarten und Schule, nichtorganisierter Sport und neue Trendsportarten, Sport, Spiel und Bewegung im

öffentlichen Raum - auf Spielplätzen und Schulhöfen, in Grünanlagen, auf Radwegen oder Trimm-Dich-Pfaden. Es geht um Bewegung von Kindern, Jugendlichen und Älteren, um Bewegung von Menschen mit und ohne Behinderung. Wir Augsburger GRÜNE setzen uns für diese Vielfalt an Möglichkeiten ein. Um Teilhabe am Sport zu ermöglichen, wollen wir GRÜNE daher einen für alle Menschen zugängigen wohnortnahen spiel- und bewegungsfreundlichen öffentli-

chen Raum. Häufiger und vielfältiger als heute sollten vor allem kostenlose Sport- und Bewegungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Wir GRÜNE unterstützen daher den vorliegenden Sport- und Bäderentwicklungsplan. Wir setzen uns dabei dafür ein, dass städtische Sportanlagen und Bäder saniert, Projekte wie die Sport- und Freizeitanlage Oase, der Sporttreff Oberhausen, der Mehrgenerationenpark in der

Grünanlage Griesle in Lechhausen umgesetzt und die Außenanlagen der Schulen - wie bei der Löweneck Grund- und Mittelschule - sukzessive erneuert und umgestaltet werden.

Chancengerechtigkeit und Teilhabe durch Sport fördern

In der Sportstadt Augsburg und in der kommunalen Bildungslandschaft Augsburg trägt auch Sport dazu bei, Chancengerechtigkeit herzustellen. Wir wollen daher den Ausbau von Sportangeboten an Schulen – sowohl im Regelschulsport als auch im Rahmen der unterschiedlichen Nachmittagsangebote. Und wir wollen eine Öffnung der Außenanlagen der Schulen an Nachmittagen, an Wochenenden und in Ferienzeiten, um im Quartier öffentlichen Raum für Spiel, Sport und Bewegung zur Verfügung zu stellen. Wir begrüßen daher Initiativen von Sportvereinen und der Universität Augsburg, die mit Schulen kooperieren und dort Sportangebote ermöglichen, sowie von Sportinitiativen und -vereinen, die ihre Vereinanlagen öffnen.

Von besonderer Bedeutung sind aus unserer Sicht Projekte wie "In safe hands" und das "Sport-Sozial-Projekt Lechhausen". Denn sie zielen darauf ab, es nicht-vereinsgebundenen Kindern und Jugendlichen, jungen Menschen mit Fluchterfahrung sowie Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Milieus zu ermöglichen, im Sportverein bzw. auf dem Schulhof um die Ecke Bewegung zu erleben und Sport zu treiben. Derartige niederschwellige Bewegungs- und Sportprojekte benötigen aber eine finanzielle Absicherung, eine Verstetigung und vor allem eine kontinuierliche Ausweitung in Augsburg.

Auch die Integrationswirkung des Sports wollen wir GRÜNE noch viel stärker in unserer bunten Stadt Augsburg nutzen – denn Sport verbindet Menschen jeder Herkunft. Wir setzen uns dafür ein, dass die vom Stadtrat beschlossenen Handlungsempfehlungen zum Augsburger Sport- und Integrations-Survey (ASIS) umgesetzt werden. Wir wollen mehr Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund als Übungsleiterinnen gewinnen und qualifizieren. Und wir setzen uns dafür ein, dass es Angebote wie das Frauenschwimmen für Muslimes im Plärrerhallenbad wieder gibt. So wird mit sportlicher Betätigung Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gefördert.

POSITIVBEISPIEL SPORTTREFF AM MEIERWEG IN OBERHAUSEN

Der "Sporttreff Oberhausen" am Meierweg verbindet an einem Standort eine Nutzung durch Vereine, Schulsport und Freizeitsport miteinander. Zukünftig soll es hier möglich sein, zu spielen, sich zu bewegen und Sport zu treiben: für die Kinder und Jugendlichen aus dem Stadtteil und der angrenzenden Schulen, für die Kinder und Jugendlichen, die den Spielplatz besuchen, für den umzusiedelnden Sportverein DJK Augsburg West und für den bereits dort beheimateten Sportverein TSV 1871 Augsburg. Diese Konzeption des Oberhauser Quartiersporttreffs begrüßen und unterstützen wir voll und ganz.

Mehr Geschlechtergerechtigkeit

– von Martina Wild

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für uns GRÜNE eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Frauen und Männer gleiche Rechte und gleiche Chancen haben und auf gleicher Augenhöhe miteinander umgehen.

Zeitgemäße Entscheidungen für die Chancengleichheit treffen

Gleiche Teilhabe für beide Geschlechter muss zum festen Bestandteil aller politischen Entscheidungen und Maßnahmen auf kommunaler Ebene werden. Diesem Leitbild hat sich die Stadt Augsburg 2007 auf einen GRÜNEN Antrag hin verpflichtet und setzt seitdem Gender Mainstreaming unter dem Motto „Augsburg stellt gleich!“ um.

Ein weiterer guter Schritt in diesem kontinuierlichen Prozess war daher, in 2015 eine Gleichstellungskommission mit VertreterInnen aus der Stadtgesellschaft, der Stadtpolitik und der Stadtverwaltung einzurichten. Dafür hatten gerade wir GRÜNE uns eingesetzt. Die Kommission beschäftigt sich intensiv mit unterschiedlichsten gleichstellungspolitischen Themen wie Sprache, Kinder- und Jugendarbeit oder Sport, positioniert sich hierzu in Empfehlungen an die Stadt und bewirkt auf diese Weise eine Auseinandersetzung mit der Chancengerechtigkeit von Frauen und Männern, von Mädchen und Jungen.

Wir GRÜNE arbeiten zudem darauf hin, dass auch in Augsburg eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik („Gender Budgeting“) umgesetzt wird. Damit soll eine geschlechterdifferenzierte Analyse und Steuerung des städtischen Haushalts ermöglicht werden, die zur tatsächlichen Durchsetzung der Geschlechtergerechtigkeit beiträgt.

Frauen in Politik und Verwaltung fördern

Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung dar. Im 60-köpfigen Augsburger Stadtrat sind derzeit nur 19 Stadträtinnen, also knapp ein Drittel – das ist uns zu wenig. Wir Augsburger GRÜNE wollen Frauen ermutigen, sich aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzumischen. Es ist für uns unabdingbar, die Perspektiven und Bedürfnisse von Frauen und Männern in allen Politikbereichen zu berücksichtigen.

Wir fordern zudem Frauen aktiver und gezielter zu fördern und zu motivieren, damit aus ihnen die Führungskräfte von morgen werden. Insgesamt arbeiten zwar etwa gleich viele Frauen bei der Stadt wie Männer, aber immer noch gilt der Grundsatz: Je höher die Ebene, desto geringer der Frauenanteil. Auch wenn sich in den letzten fünf Jahren die Anzahl der Amtsleiterinnen von vier auf acht verdoppelt hat, so liegt der Frauenanteil im hervorgehobenen Führungsbereich insgesamt bei nur 20 Prozent. Noch immer sind es überwiegend Frauen, die in Teilzeit, in befristeten Beschäftigungsverhältnissen oder in den unteren Lohngruppen arbeiten. Und damit nicht genug, erhalten sie auch noch weniger und niedrigere Leistungsprämien. Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch in den Führungsebenen der Stadt, die Teilbarkeit von Führungspositionen sowie mehr Flexibilität mit Teilzeitmodellen und Homeoffice.

Wohnsituation für Frauen verbessern

Das Thema „Wohnen“ ist gerade für Frauen zentral, sie sind viel häufiger auf günstigen Wohnraum angewiesen: Von 20% aller alleinerziehender Eltern sind 91% Frauen, Frauen sind viel häufiger von Altersarmut betroffen - um nur zwei Beispiele zu benennen. Wir GRÜNE sind daher der Meinung, dass in Augsburg noch viel stärker die Bedarfe und Problemlagen von Frauen beim Thema Wohnen berücksichtigt werden müssen. Mit Blick auf die weiter steigenden Mieten in und um Augsburg ist das Angebot an bezahlbarem Wohnraum zu verbessern, auf den Frauen in besonderem Maße angewiesen sind. Dazu muss aus unserer Sicht der Freistaat seine Wohnbaufördermittel deutlich erhöhen.

Wir GRÜNE wollen zudem, dass die Stadt Wohnprojekte gezielt unterstützt und fördert, die sich an die besonderen Bedarfe und Lebensumstände von Frauen richten. Wir arbeiten darauf hin, in Augsburg das Konzept der Frauenwohnprojekte aus ihrem Schattendasein zu holen und Initiativen mehr zu unterstützen, um andere Formen des Zusammenlebens zu erproben. Projekte und Initiativen wie in anderen Städten brauchen wir auch in Augsburg. Sie bereichern unser Wohnangebot und sind Ideengeber für gute Wohnprojekte von morgen.



Ausreichend Hilfsangebote bereitstellen

Sexualisierte und häusliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist immer noch ein großes gesellschaftliches Problem. Diese Gewalt muss politisch und gesellschaftlich entschieden bekämpft werden. Deshalb achten wir darauf, die Augsburger Einrichtungen und Organisationen wie Frauenhaus, Wildwasser, via und SOLWODI in personeller und finanzieller Hinsicht angemessen auszustatten. In der Prävention unterstützen wir Anti-Gewalt-Trainings an Kindergärten, Schulen und Jugendeinrichtungen ebenso wie (Kunst-)Projekte, die die Öffentlichkeit für das Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisieren.

Um die betroffenen Frauen besser schützen zu können, brauchen wir auch genügend Frauenhausplätze, die finanziell abgesichert und sowohl personell als auch sachlich ausreichend ausgestattet sein müssen. Hierzu hatten wir im November 2016 eine Anfrage gestellt. Diese Schutzräume müssen allen Frauen, die Schutz vor Gewalt suchen, offen stehen, unabhängig von ihrer Herkunft, dem Aufenthaltsstatus, Beeinträchtigungen oder Sprachkenntnissen. In 2016 wurden aber erstmals mehr Frauen in Augsburg abgewiesen, als aufgenommen werden konnten: 112 Personen konnten nicht untergebracht werden. Eine Erweiterungsmöglichkeit im Frauenhaus um 7 Plätze im Jahr 2018 wurde für möglich erachtet. Es ist also eindeutig, dass viele Plätze fehlen, da der Bedarf in den letzten Jahren stetig zugenommen hat und zugleich die Verweilzeit der Frauen länger geworden ist, da es immer schwieriger wird, auf dem engen Wohnungsmarkt eine Wohnung zu bekommen. Wir fordern daher mehr Plätze zu schaffen und die Häuser personell besser auszustatten, damit zum Beispiel für die Betreuung der Kinder und die oft nötige Nachbegleitung der Frauen ausreichende personelle Kapazitäten vorhanden sind.

Obdachlosigkeit und Frauen

Die Bedürfnisse und Lebenssituationen obdachloser Frauen sind besonders zu berücksichtigen. Wohnungsnot von Frauen kann nicht aus dem Zusammenhang

von Armut, Gewalt und Abhängigkeiten herausgelöst werden. Deshalb begrüßen und unterstützen wir GRÜNE ausdrücklich Projekte wie die Einrichtung einer Frauempension und Projekte von sozialen und kirchlichen Organisationen wie beispielsweise vom Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) oder den Frauentreffpunkt Lea in Oberhausen. Wir fordern aber weiterhin mehr sozialen Wohnungsbau, mehr Schutzräume für obdachlose Frauen sowie einen Ausbau der Beratungs- und Hilfsangebote.

Prostitution

In der Prostitution Tätige gehören zu einer sozialen Gruppe, die bis heute von Diskriminierung, Stigmatisierung, Ausbeutung, Gewalt, Menschenhandel und Verfolgung bedroht ist. Inzwischen hat die Stadt aufgrund Grüner Anträge ein "Gesamtkonzept zur Verbesserung der Situation der Prostituierten in Augsburg" entwickelt. Dazu gehören eine mehrsprachige Informationsbroschüre über rechtliche und gesundheitliche Fragestellungen sowie eine mobile Beratungsstelle in einem Bus und zwei Sozialarbeiterinnen, um milieuspezifische Sozialarbeit und zudem aufsuchende Arbeit durch das Gesundheitsamt umzusetzen.

FRAUEN-WOHNGENOSSENSCHAFT MÜNCHEN

Die 1. Frauen-Wohn- und Baugenossenschaft München zielt darauf ab, der wirtschaftlichen Benachteiligung von Frauen entgegenzuwirken, indem von Frauen bezahlbarer Wohnraum für Frauen und zugleich aber auch Immobilieneigentum in Frauenhand geschaffen wird. Die Baugenossenschaft setzt auf eine aktive Mitgestaltung bei Planung wie Gestaltung des Wohnens und ermöglicht auf diese Weise ein Zusammenleben nach eigenen Vorstellungen. Großer Wert wird auf barrierefreies und gemeinschaftliches wie auf ökologisches und nachhaltiges Bauen gelegt. Hilfreich ist die konsequente Förderung durch die Stadt München, unter anderem über die Bereitstellung von Flächen im Bebauungsplan für Genossenschaften nach dem „Münchener Modell“.



IMPRESSUM

Infobrief der Stadtratsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Augsburg
Rathausplatz 2, 86150 Augsburg
Tel: 0821/324-4369
stadtratsfraktion@gruene-augsburg.de

Redaktion: Torsten Mertz, Martina Wild, Silvia Daßler
und Michael Rill
V.i.S.d.P.: Martina Wild, Fraktionsvorsitzende
Produktion: SENSER-DRUCK GmbH, Augsburg



Klimaneutral gedruckt
mit Bio-Farben, Öko-Strom und
chemiereduziert auf
100 % Recyclingpapier.